

Glanz und Elend der deutschen Geschichte 1870 bis 1933 Band 1

Die verspätete Nation

Band 1/104: 01.01.1871 – 31.12.1871

1871

Die Auferstehung Preußens wird schwere Opfer kosten. Das schwerste unter allen bringt Preußen. Es stirbt. Jeder andere Staat kann und mag in Deutschland aufgehen; gerade Preußen muß darin untergehen.

Theodor Fontane (1819-1898, deutscher Dichter)

Deutsches Reich: Am 18. Januar 1871 wird der preußische König Wilhelm I. von Hohenzollern im Spiegelsaal des Königsschlusses von Versailles in Anwesenheit der meisten deutschen Fürsten zum Kaiser des Deutschen Reiches gekrönt und das Deutsche Reich offiziell erneuert.

Gründung des Deutschen Reiches

Das Deutsche Reich trat im Januar 1871 die Rechtsnachfolge des "Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation" (Auflösung: 1806) an, deshalb handelte es sich um keine Neugründung (wie z.B. auch in den Jahren 1919 und 1949), sondern lediglich um eine "Erneuerung" bzw. um eine "Übernahme" (x063/419).

Das Amt des "Deutschen Kaisers" war jedoch neu, denn bis 1806 gab es nur "Römische Kaiser".

Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über den Deutschen Kaiser (x804/-775): >>Deutscher Kaiser, nach Artikel 11 der Reichsverfassung Titel des Oberhauptes des neuen Deutschen Reiches, das seit 18. Januar 1871 besteht; der erste deutsche Kaiser ist Wilhelm I., König von Preußen. Die Bezeichnung der Beherrscher des alten, bis 1806 bestehenden Reiches als deutsche Kaiser ist zwar unrichtig, da jene römische Kaiser und deutsche Könige waren; dennoch ist der Name "deutscher Kaiser" für die deutschen Herrscher von Heinrich I. (919-936) an üblich geworden selbst für solche, welche die römische Kaiserwürde nie erlangt hatten.<<

Die deutsche Kaiserproklamation, die im Spiegelsaal von Versailles stattfand, wurde von den Franzosen als nationale Demütigung empfunden. Bismarck hatte Versailles jedoch nur gewählt, weil Berlin die preußische Vorherrschaft zu deutlich gemacht hätte.

Der Sieg über Frankreich hatte in den deutschen Staaten zwar eine Welle der nationalen Begeisterung entfacht, aber die Bildung eines vereinten deutschen Staates war trotzdem noch äußerst schwierig, denn Bismarck mußte 22 deutsche Einzelstaaten und 3 Freie Städte vereinigen.

Der neue deutsche Nationalstaat sollte nicht wieder durch den Vielvölkerstaat Österreich-Ungarn belastet und gefährdet werden, deshalb verzichtete man ausdrücklich auf die Aufnahme der Österreicher. Nach dem preußisch-österreichischen Bürgerkrieg (1866) mußten die Habsburger erneut schwere Prestigeverluste hinnehmen.

Trotz des großen Widerstandes der katholischen Kirche und der süddeutschen Fürsten, die sich naturgemäß gegen eine Vorherrschaft der protestantischen Preußen wehrten, konnte nach zähen Verhandlungen und der Zusicherung von vielfältigen Sonderrechten schließlich ein Zu-

sammenschluß der deutschen "Nord- und Südstaaten" (ohne Österreich-Ungarn) erreicht werden.

Der preußische König Wilhelm I. erklärt am Abend vor der Kaiserproklamation unter Tränen (x215/340): >>Morgen ist der unglücklichste Tag meines Lebens, morgen tragen wir das preußische Königtum zu Grabe. ...<<



Abb. 39 (x 090/223): Die Kaiserproklamation in der Spiegelgalerie des Schlosses von Versailles am 18. Januar 1871.

Wilhelm I. verkündet während der Kaiserproklamation in Versailles (x105/124):

>>An das deutsche Volk!

Wir, Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen,

nachdem die deutschen Fürsten und Freien Städte den einmütigen Ruf an Uns gerichtet haben, mit Herstellung des Deutschen Reiches die seit mehr denn 60 Jahren ruhende Kaiserwürde zu erneuern und zu übernehmen, und nachdem in der Verfassung des Deutschen Bundes die entsprechenden Bestimmungen vorgesehen sind, bekunden hiermit, daß Wir es als eine Pflicht gegen das gemeinsame Vaterland betrachtet haben, diesem Rufe der verbündeten deutschen Fürsten und Städte Folge zu leisten und die deutsche Kaiserwürde anzunehmen.

Demgemäß werden Wir und Unsere Nachfolger an der Krone Preußen fortan den kaiserlichen Titel in allen Unsern Beziehungen und Angelegenheiten des Deutschen Reiches führen und hoffen zu Gott, daß es der deutschen Nation gegeben sein werde, unter dem Wahrzeichen ihrer alten Herrlichkeit das Vaterland einer segensreichen Zukunft entgegenzuführen.

Wir übernehmen die kaiserliche Würde in dem Bewußtsein der Pflicht, in deutscher Treue die Rechte des Reiches und seiner Glieder zu schützen, den Frieden zu wahren, die Unabhängigkeit Deutschlands, gestützt auf die geeinte Kraft seines Volkes, zu verteidigen.

Wir nehmen sie an in der Hoffnung, daß dem deutschen Volk vergönnt sein wird, den Lohn seiner heißen und opfermütigen Kämpfe in dauerndem Frieden und innerhalb der Grenzen zu genießen, welche dem Vaterlande die seit Jahrhunderten entbehrte Sicherung gegen erneute Angriffe Frankreichs gewähren.

Uns aber und Unsern Nachfolgern an der Kaiserkrone wolle Gott verleihen, allzeit Mehrer des Deutschen Reiches zu sein, nicht an kriegerischen Eroberungen, sondern an den Gütern und Gaben des Friedens auf dem Gebiete nationaler Wohlfahrt, Freiheit und Gesittung.<<

Der badische Großherzog Friedrich I. (1826-1907, damaliger Sprecher der deutschen Fürsten und Unterstützer der "kleindeutschen Lösung") berichtet über die Kaiserproklamation in Versailles (x176/198): >>Um 11.30 Uhr versammelten sich in dem großen Spiegelsaal des Schlosses von Versailles 2.000 Offiziere, Beamte und Geistliche. Als die Fürsten sich dann um den König gestellt und die ganze Versammlung sich ihm zugewandt hatte, nahm der König ein Papier zur Hand und las etwa folgende Ansprache:

Nachdem ihm die deutschen Fürsten und freien Städte die die Kaiserwürde angeboten hätten, erkläre er unter dem Ausdruck des Dankes, die Krone des Reiches für sich und seine Erben annehmen zu wollen.

Nun verlas der Kanzler des Reiches, Bismarck, ein Manifest, und dann kam die Reihe an mich. Ich rief so laut wie möglich in die harrende lautlose Versammlung: "Seine Kaiserliche und Königliche Majestät, Kaiser Wilhelm, lebe hoch, hoch, hoch!"

Es begann ein begeistertes sechsfaches Hochrufen, das man gehört haben muß, aber nicht beschreiben kann.<<

Das "Kriegstagebuch 1870/71" des preußischen Kronprinzen berichtet über die Kaiserproklamation in Versailles (x233/100): >>Hauptquartier Versailles, den 18. Januar 1871.

Erst im Laufe der Zeit wird uns das ganze volle Gewicht dessen bewußt, was es heißt, im Prachtsaal von Ludwigs XIV. Schloß zu Versailles die Wiederreinssetzung des auf dem französischen Schlachtfelde geschaffenen Deutschen Reiches sowie die Verkündigung des erwählten erblichen Kaisers mit angeschaut zu haben. ...

Nachdem Seine Majestät eine kurze Ansprache an die deutschen Souveräne ... verlesen hatte, trat Graf Bismarck, der ganz grimmig verstimmt aussah, vor und verlas in tonloser, ja geschäftlicher Art ... die Ansprache "an das deutsche Volk".

Bei den Worten "Mehrer des Reichs" bemerkte ich eine zuckende Bewegung in der ganzen Versammlung, die sonst lautlos blieb.

Nun trat der Großherzog von Baden ... vor und rief mit erhobener Rechten: "Es lebe seine Kaiserliche Majestät der Kaiser Wilhelm I."

Ein donnerndes, sich mindestens sechsmal wiederholendes Hurra durchbebte den Raum, während die Fahnen und Standarten über dem Haupte des neuen Kaisers von Deutschland wehten und "Heil dir im Siegerkranz" ertönte. Dieser Augenblick war mächtig ergreifend, ja überwältigend und nahm sich wunderbar schön aus. ...

Nun brachten die Fürsten einer nach dem andern ihre Glückwünsche dar, welche der Kaiser mit einem freundlichen Händedruck entgegennahm. ... Der Kaiser ... richtete einige Worte im Vorübergehen an die zu beiden Seiten stehenden Offiziere und Mannschaften.

Ich hatte der Musik befehlen lassen, sobald der Kaiser sich zum Verlassen des Saales anschickte, den Hohenfriedberger Marsch zu spielen, so daß Seine Majestät unter diesen herrlichen Klängen von der Versammlung schied, worauf er, von dem Hurra, der Stabswache begrüßt, das Schloß verließ. ...<<

Der deutsche Historiker und nationalliberale Abgeordnete Heinrich von Sybel schreibt am 27. Januar 1871 über die Kaiserproklamation und die Gründung des Deutschen Reiches (x261/-111): >>Meine Augen gehen herüber zu dem Extrablatt. Und die Tränen fließen mir über die Backen. Wodurch hat man die Gnade Gottes verdient, so große und mächtige Dinge erleben zu dürfen? Und wie wird man nachher leben? Was zwanzig Jahre der Inhalt alles Wünschens und Strebens gewesen, das ist nun in so unendlich herrlicher Weise erfüllt. Woher soll man in meinen Lebensjahren noch einen neuen Inhalt für das weitere Leben nehmen? ...<<

Prinz Otto von Bayern berichtet am 2. Februar 1871 seinem Bruder, König Ludwig II., über

die Kaiserproklamation in Versailles (x261/111): >> Ach, Ludwig, ich kann Dir gar nicht beschreiben, wie unendlich weh und schmerzlich es mir während jener Zeremonie zumute war, wie sich jede Phase in meinem Innern sträubte und empörte gegen all das, was ich mit ansah. Lief es doch dem gerade entgegen, für was ich tief innerlich glühe und was ich von Herzen liebe und wofür ich mit Freuden mein Leben einsetze. ...

Welchen wehmütigen Eindruck machte es mir, unsere Bayern sich da vor dem Kaiser neigen zu sehen; ich war eben von Kindheit an so was nicht gewöhnt; mein Herz wollte zerspringen. Alles so kalt, so stolz, so glänzend, so prunkend und großtuerisch und herzlos und leer. ... Endlich drängte man sich durch diese Knäuel zurück und aus dem Saale hinaus. Mir war's so eng und schal in diesem Saale, erst draußen in der freien Luft atmete ich wieder auf. Dieses wäre also vorbei. ...<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet später (am 14.01.2006) über die Kaiserproklamation im Jahre 1871 (x887/...): >> **"Kaiser Wilhelm lebe hoch!"**

Vor 135 Jahren erhielten die Deutschen, was ihnen in der 48er Revolution verwehrt geblieben war

Wenige Wochen nachdem König Ludwig II. von Bayern König Wilhelm I. von Preußen den Kaiserbrief geschickt hatte, beschloß der Bundesrat des Norddeutschen Bundes im Einverständnis mit den Regierungen der süddeutschen Staaten Bayern, Württemberg, Baden und Hessen eine entsprechende Verfassungsänderung. Der erste Absatz des Artikels 11 der Bundesverfassung erhielt nun den Satz: "Das Präsidium des Bundes steht dem König von Preußen zu, welcher den Namen Deutscher Kaiser führt."

Die Volksvertreter folgten dem von den Fürsten und deren Regierungen eingeschlagenem Weg. Am 10. Dezember 1870 beschloß der Norddeutsche Reichstag eine Adresse an den Preußenkönig mit der Kernaussage "Vereint mit den Fürsten Deutschlands naht der Norddeutsche Reichstag mit der Bitte, daß es Ew. Majestät gefallen möge, durch Annahme der deutschen Kaiserkrone das Einigungswerk zu weihen".

Es ist eine Ironie des Schicksals, daß die Delegation des Norddeutschen Bundes mit Eduard von Simson vom selben Mann geleitet wurde, der seinerzeit auch die Nationalversammlungsdelegation angeführt hatte, die Wilhelms I. älteren Bruder Friedrich Wilhelm IV. die Kaiserkrone angetragen hatte. Diesmal erhielt der Mann, der in seinem Leben nacheinander Präsident der Frankfurter Nationalversammlung, des Norddeutschen Reichstages und des Deutschen Reichstages gewesen ist, jedoch keinen Korb vom preußischen König.

Ein entscheidender Grund hierfür liegt in dem Zusatz "vereint mit den Fürsten Deutschlands". Damit haftete dieser Kaiserkrone nicht der "Ludergeruch der Revolution" an, um es mit der Begrifflichkeit Friedrich Wilhelms IV. auszudrücken. Vielmehr konnte sich Wilhelm I. als von seinen "Brüdern" erwählter Kaiser betrachten, was er auch tat.

Die Zustimmung der Fürsten der deutschen Mittel- und Kleinstaaten erleichterte jedoch nicht nur aus dem ideologisch-weltanschaulichem Grunde der Legitimität der Krone deren Annahme, sondern natürlich auch aus macht- beziehungsweise realpolitischen. Doch nicht nur die nationale, sondern auch die internationale Konstellation war 1870/71 günstiger für eine Annahme der Kaiserkrone als noch 1848/49. Österreich hatte seinen jahrhundertelangen Führungsanspruch in Deutschland inzwischen faktisch aufgegeben.

Obwohl Preußen Österreich 1866 einen milden Frieden gewährt hatte, konnten sich die Deutschösterreicher von der Niederlage im Deutschen Krieg nicht mehr erholen. Sie konnten froh sein, wenn sie in Österreich Führungsmacht blieben. 1867 hatten sie dem Ausgleich mit den Magyaren zustimmen müssen, der aus dem deutsch dominierten Kaiserstaat die Doppelmonarchie Österreich-Ungarn gemacht hatte. Wie in anderen Politikfeldern machte sich der neue ungarische Einfluß auch in der Außenpolitik bemerkbar. Für die Ungarn besaß die deutsche Frage jedoch keine Priorität. So sahen sie in Preußen denn auch weniger einen Konkur-

renten denn einen (potentiellen) Verbündeten im Machtkampf mit Rußland um Einfluß auf dem Balkan, der die Magyaren ungleich mehr interessierte als Deutschland.

Auch von Rußland war kaum Widerstand zu erwarten. Das lag in hohem Maße, aber nicht ausschließlich an Bismarcks vorausschauender Außenpolitik, die Rußland in der Polenfrage mit der Alvenslebenschon Konvention entgegengekommen war. Die internationale Konstellation war auch günstig und ermöglichte eine Symbiose. Preußen verhielt sich bei der Lösung der Polenfrage durch Rußland wohlwollend neutral, und dafür tat Rußland gleiches bei der Lösung der deutschen Frage durch Preußen.

Der traditionelle Erzfeind eines einigen Deutschland, Frankreich, war nach der Niederlage von Sedan zu schwach, um in der deutschen Frage zu intervenieren. Und Großbritannien stand für eine denkbare Intervention keine schlagkräftige Großmacht als kontinentaler Verbündeter zur Verfügung.

Nachdem Wilhelm I. sich zur Annahme der Kaiserkrone entschlossen hatte, bestimmte er den 18. Januar und damit den Jahrestag der Krönung des ersten Preußenkönigs zum Tage der Proklamation. Wenn Wilhelm denn auch zum Führen des Kaisertitels bereit war, so herrschte doch zwischen ihm und seinem Regierungschef bis zur Kaiserproklamation ein erbitterter Dissens, der am Tage vor der Proklamation eskalierte.

Wilhelm, der sehr stur sein konnte, erklärte bei den Schlußberatungen, er wolle Kaiser von Deutschland oder gar nicht Kaiser sein. Wenn man weiß, daß Bismarck bei der Reichsgründung an den Rand dessen ging, was er glaubte, der Staatenwelt zumuten zu können, kann man sich Bismarcks Qualen vorstellen. Durchaus plausibel argumentierte er gegenüber seinem Herrn, "daß der Titel Kaiser von Deutschland einen landesherrlichen Anspruch auf die nicht-preußischen Gebiete involviere, den die Fürsten zu bewilligen nicht gemeint wären", und daß sowohl im Kaiserbrief als auch in der Reichsverfassung von "Deutschem Kaiser" die Rede sei. Bismarck kannte seinen Herrn und beschränkte sich deshalb nicht darauf, realpolitisch und juristisch zu argumentieren.

So hob er hervor, "wie die adjektivische Form Deutscher Kaiser und die genitivische Kaiser von Deutschland sprachlich und zeitlich verschieden seien. Man hätte Römischer Kaiser, nicht Kaiser von Rom gesagt: der Zar nenne sich nicht Kaiser von Rußland, sondern Russischer, auch 'gesamtrussischer' (wserossiski) Kaiser." Bismarck "machte ferner geltend, daß unter Friedrich dem Großen und Friedrich Wilhelm II. auf den Thalern Borussorum, nicht Borussiae rex erscheine".

Doch es nützte alles nichts. So wandte sich der Regierungschef noch am Morgen des 18. Januar an Großherzog Friedrich I. von Baden. Der Ehemann von Wilhelms Tochter Prinzessin Luise und sein Schwiegervater standen sich sehr nahe, und es war geplant, daß er nach der Verlesung der Proklamation Wilhelms I. das Hoch ausbringen solle. Aufgrund seiner Nähe zu Wilhelm antwortete er auf Bismarcks Frage, wie er den Kaiser zu bezeichnen gedenke: "Als Kaiser von Deutschland, nach Befehl Sr. Majestät." Bismarck wußte jedoch, daß Friedrich nicht nur Wilhelms Schwiegersohn war, sondern auch wie viele Südwestdeutsche liberal und konstitutionell gesinnt, und so appellierte er an die Verfassungstreue des Fürsten - nicht ohne Folgen.

Der Großherzog sprach seinen Schwiegervater auf das Dilemma an und schlug ihm schließlich eine geschmeidige Lösung vor, die weder die Verfassung verletzte noch dem Kaiser wehtat. Dieser erwiderte nur etwas unwillig. "Du kannst das machen, wie du willst, ich werde mich später doch nur so nennen, wie ich es will, nicht wie Bismarck es bestimmen will."

Über die Feierlichkeiten aus Anlaß der Kaiserproklamation am 18. Januar in Versailles liegt der Nachwelt eine Schilderung des Feld-Divisionspfarrers des I. Gardeinfanteriedivision Bernhard Rogge vor, der für den der eigentlichen Proklamation vorgeschalteten kirchlichen Teil verantwortlich war.

Gegen 10 Uhr wurden die Fahnen und Standarten, durch welche die vor Paris liegenden Truppen der dritten Armee und der Maarmee bei der Feier vertreten sein sollten - 56 an der Zahl, darunter 18 bayerische -, unter klingendem Spiel über die Place d'Armes am Standbild Ludwigs XIV. vorbei in das ehemalige Königsschloß gebracht und auf einer am Ende des Spiegelsaals errichteten Estrade aufgestellt, von der herab die Proklamation der mit der Krone Preußens fortan verbundenen Kaiserwürde vor sich gehen sollte.

Der langgestreckte Saal, in dessen Mitte an einer der Langseiten ein Feldaltar errichtet war, begann sich mit den zur Feier befohlenen Deputationen der in und um Versailles liegenden Truppen, mit Offizieren aller Waffengattungen und Grade, mit den Oberbefehlshabern der Belagerungskorps und allen zum königlichen Hauptquartier gehörigen Offizieren und Beamten zu füllen. Den mit der roten Feldecke der ersten Garde-Infanterie-Division bedeckten Altar, dessen Tisch dem Audienzzimmer Ludwigs XIV. entnommen war, umstanden neben Rogge die in Versailles und Umgebung liegenden Feld-, Divisions- und Lazarettpfarrer.

Punkt 12 Uhr verließ König Wilhelm in einem einfachen offenen Wagen, den er für seine täglichen Spazierfahrten benutzte, sein Quartier in der Präfektur, um sich in das durch Louis Philipp zur Ruhmeshalle Frankreichs gemachte ehemalige Königsschloß zu begeben. Vor dem am Eingang des Schlosses stehenden Reiterstandbild Ludwigs XIV. war die 1. Kompanie der Königsgrenadiere als Ehrenwache aufgestellt.

Nachdem der König die Ehrenkompanie abgeschritten hatte, betrat er, vom Kronprinzen empfangen und begleitet von sämtlichen in Versailles anwesenden Fürstlichkeiten, den Festsaal, wo in dem Augenblick seines Eintrittes ein militärischer Sängerkhor den Psalm "Jauchzet dem Herrn, alle Welt" anstimmte.

Wilhelm I. nahm gegenüber dem Altar Aufstellung, und zwar sinnigerweise an der Stelle unter dem Mittelbild der reichbemalten Decke, an der zu Zeiten des Sonnenkönigs bei großen Hofzeremonien der Thronessel gestanden hatte. Um ihn gruppierten sich im Halbkreis die Prinzen und Fürsten. Hinter den Fürsten und ihnen zur Seite standen die Generale und Minister, an ihrer Spitze der Kanzler.

Nach dem Chorgesang stimmte die Versammlung den ersten Vers des Chorals "Sei Lob und Ehr' dem höchsten Gut" an. Der liturgische Teil des Gottesdienstes schloß mit der Vorlesung von Psalm 21, wo es sinnigerweise heißt: "Herr, der König freuet sich in deiner Kraft, und wie fröhlich ist er über deine Hilfe! Du gibst ihm seines Herzens Wunsch und weigerst nicht, was sein Mund bittet. Denn du überschüttet ihn mit gutem Segen, du setzest eine goldene Krone auf sein Haupt."

Hierauf hielt Rogge die Weiherede. Ein mächtig durch die weite Halle dahinbrausendes "Nun danket alle Gott" beschloß diesen Teil der Feier.

Der König begab sich darauf festen Schrittes auf die am Ende des Spiegelsaals errichtete Estrade, um dann die Annahme der Kaiserkrone kundzutun. Für die Oberhäupter beziehungsweise Repräsentanten der deutschen Mittel- und Kleinstaaten wählte er die Form einer vergleichsweise kurzen und formlosen Ansprache. Für das Volk verwendete er eine Proklamation, die er nach seinen eigenen Worten an die "durchlauchtigsten Fürsten und Bundesgenossen" durch seinen Kanzler verlesen ließ, der hierzu an den Fuß der Estrade trat.

Bemerkenswert ist dabei, daß Wilhelm weder in seiner Ansprache noch in seiner Proklamation auf die Adresse des Norddeutschen Reichstages vom 10. Dezember 1870 Bezug nimmt. Der Besuch der parlamentarischen Kaiserdeputation war ihm offenkundig ähnlich (un)wichtig, wie sie seinem älteren Bruder Friedrich Wilhelm gut zwei Jahrzehnte zuvor gewesen war. Nach Wilhelms Ansprache und Proklamation trat Großherzog Friedrich an seinen Schwiegervater heran und bat ihn um die Erlaubnis, die Versammlung zu einem Hoch auf ihn einladen zu dürfen. Dann rief er in die harrende, lautlose Versammlung:

"Seine Kaiserliche und Königliche Majestät, Kaiser Wilhelm, lebe hoch!"

Der Badenser hatte also eine Lösung gefunden, die ihn weder in Loyalitätskonflikt zur Verfassung noch zum Schwiegervater brachte.

Der spätere königliche Hofprediger in Potsdam Bernhard Rogge beschreibt es wie folgt:

"Es war der Höhepunkt der Feier, als hierauf der Großherzog Friedrich von Baden mit hoch-erhobenem Helm und lauter Stimme das erste Hoch auf den neuerstandenen deutschen Kaiser ausbrachte, in das die Versammlung begeistert einstimmte. Zum ersten Male neigten sich die Fahnen und Banner des deutschen Heeres huldigend vor dem erkorenen Oberhaupte des ganzen Volkes. Als erster Untertan des Reiches aber trat der Kronprinz vor seinen Vater hin, um das Knie zum huldigenden Handkuß zu beugen, der Kaiser jedoch hob ihn empor, zog ihn an seine Brust und küßte ihn mit sichtlicher tiefer Bewegung auf beide Wangen ... Nachdem der Kaiser die Glückwünsche der Fürsten entgegengenommen und die in der Versammlung anwesenden Generale, Offiziere und Beamten hatte an sich vorüber defilieren lassen, verließ er die Versammlung unter den festlichen Klängen des Hohenfriedberger Marsches."

Wilhelm hatte Bismarck den Kaisertitelstreit derart übel genommen, daß er beim Herabtreten von dem erhöhten Stande der Fürsten seinen Kanzler, der allein auf dem freien Platze davor stand, ignorierte, an diesem vorbeigehend, um den hinter ihm stehenden Generalen die Hand zu bieten.

Wie von Wilhelm befohlen, war sein Verbot der Verwendung des Titels "Deutscher Kaiser" nicht nur von ihm und dem Großherzog konsequent eingehalten worden. Es war Wilhelm selber überlassen, noch am selben Tage in einem Befehl an seine Armee das Tabu mit der Formulierung zu brechen, daß er mit jenem Tage neben der "ererbten Stellung des Königs von Preußen auch die eines deutschen Kaisers" einnehme.

Seine gegenüber seinem Schwiegersohn am Morgen des 18. Januar 1871 ausgesprochene Drohung, sich später doch nur so zu nennen, wie er es will, "nicht wie Bismarck es bestimmen will", hat er nie wahrgemacht.<<

Mit der Gründung des Deutschen Reiches und Herstellung der nationalen Einheit krönte Bismarck seine politische Arbeit. Durch die Vereinigung fast aller deutschen Volksstämme verwirklichte Bismarck einen jahrhundertealten deutschen Traum, den sich die anderen großen europäischen Völker längst erfüllt hatten. Die große Mehrheit der Deutschen war begeistert und auch zahlreiche politische Gegner Bismarcks konnten für das neue Deutsche Reich gewonnen werden. Trotz aller Eifersucht, Zwietracht und zahlloser Probleme raufte sich die deutschen Staaten irgendwie zusammen. Auch die Volksdeutschen, die jenseits der deutschen Reichsgrenzen lebten, waren damals mächtig stolz auf "ihr" Deutsches Reich.

Das Deutsche Reich wurde als Bundesstaat ("ewiger Bund") mit 25 Ländern (22 Fürstentümer und 3 Freie Städte) gegründet und war mit 40,8 Millionen Einwohnern und rd. 541.000 qkm, nach Rußland und Österreich-Ungarn, der drittgrößte Staat Europas. Die außenpolitischen Erfolge begünstigten auch die innenpolitische Entwicklung des Deutschen Reiches und gaben der Monarchie den erforderlichen Halt. Preußen besaß mit rd. 65 % der gesamten Fläche und rd. 62 % der Bevölkerung ein bedeutendes Übergewicht und stellte den deutschen Kaiser, der das Deutsche Reich völkerrechtlich vertrat und den militärischen Oberbefehl besaß. Das Deutsche Reich war eine konstitutionelle Monarchie. Der Kaiser ernannte und entließ den Reichskanzler.

Das preußische Staatsministerium war mit der deutschen Reichsregierung praktisch identisch. Der deutsche Reichskanzler war gleichzeitig preußischer Ministerpräsident. Er war für die Führung der Reichspolitik verantwortlich.

Die deutschen Bundesländer behielten ihre Verfassungen und Parlamente. Alle Bundesländer verfügten weiterhin fast uneingeschränkt über direkte Steuern. Bayern und Württemberg erhielten außerdem Sonderrechte (Heer, Bahn und Post). Die Heeresstärke des Deutschen Reiches betrug 1871 rd. 402.000 Soldaten (ca. 1 % der deutschen Bevölkerung). Von 1871-92

wurde die deutsche Armee nicht vergrößert. Bismarck hielt die deutschen Militaristen, im Gegensatz zu seinen Nachfolgern, "am kurzen Zügel". Für Bismarck hatten nach der Reichsgründung die politischen Entscheidungen grundsätzlich Vorrang.



Abb. 41 (x070/176): Der Adler des Deutschen Reiches von 1871-1918.

Die damals beliebte Berliner illustrierte Zeitschrift "Gartenlaube" berichtet später über die Reichsgründung (x176/199): >>Es war der größte Tag, welchen Berlin jemals gesehen und wie wir einen größeren zu erleben weder hoffen noch begehren dürfen. Es war ein Fest- und Weihetag der gesamten deutschen Nation, von welchem die Geschichte den spätesten Ge-

schlechtern erzählen wird! ...<<

Der deutsche Historiker Karl Erich Born schreibt später über die Stellung Preußens im Deutschen Reich von 1871 (x176/200): >>Preußen war größer und stärker als alle anderen Bundesstaaten zusammengenommen: Über die Hälfte des Reichsgebietes waren preußisch; die wichtigsten Rohstoffgebiete und Industrien Deutschlands lagen in Preußen; mehr als zwei Drittel des Reichsheeres waren preußische Truppen.

Dem Kaiser standen die Machtmittel, die er als König von Preußen besaß, zu Gebote, und hinter dem Reichskanzler stand die Macht des preußischen Staatsministeriums (d.h. der preußischen Regierung); denn er war ... gleichzeitig auch preußischer Ministerpräsident.<<

Der deutsche Historiker und nationalliberale Abgeordnete Heinrich von Sybel schreibt im Jahre 1871 über die Regierungsform des Deutschen Reiches (x239/149): >>... Wir haben eine konstitutionelle Monarchie, aber wir haben keine parlamentarische Regierung. ...

Auch wenn eine Volksvertretung, wie in Deutschland und Nordamerika, nicht die Kraft besitzt, Minister ein- und abzusetzen, so ist schon ihr Dasein und ihre Debatte, ihre Kritik des Budgets und ihre Befugnisse, mißlungene Gesetzentwürfe zu vernichten, eine höchst bedeutende Schranke gegen jeden willkürlichen Absolutismus der Regierung.

Diese Regierung aber in fester Hand und den Wogen der populären Agitation entzogen zu wissen, erscheint uns ... als unschätzbare Segen.

Deutschland wird auch nach seinen letzten großen Siegen eine höchst gefährdete Stellung in Europa haben zwischen dem rachedurstigen Frankreich, dem ehrgeizigen Rußland, dem schwankenden Österreich.

Was wir in dieser Lage vor allem bedürfen, ist Stetigkeit und Sicherheit der Regierung. ...<<

Der deutsche Historiker Dr. Willi Eilers berichtet später über die Gründung des Deutschen Reiches (x057/157-158): >>Das bedeutendste Ereignis des Krieges (1870/71) war die Gründung des deutschen Kaiserreiches. Seit dem Siege von Sedan verhandelte Bismarck mit den süddeutschen Staaten, und schon am 18. Januar 1871 wurde in Versailles König Wilhelm I. zum erblichen Deutschen Kaiser ausgerufen.

Nach der Reichsverfassung, die aus der Verfassung des Norddeutschen Bundes hervorging, war das Deutsche Reich ein Bundesstaat, der auf Grund freiwilliger Zustimmung der Fürsten und freien Städte 22 monarchische Staaten, 3 freie Städte und das Reichsland Elsaß-Lothringen umfaßte.

Die ausführende Gewalt hatte der König von Preußen als Deutscher Kaiser. Er vertrat das Reich nach außen, berief den Bundesrat und Reichstag und ernannte den Reichskanzler, der dem Kaiser verantwortlich war für die Reichsämter, die von Staatssekretären geleitet wurden (Konstitutionelle Monarchie).

Die gesetzgebende Gewalt wurde durch den Bundesrat und den Reichstag ausgeübt. Die höchste Staatsgewalt hatte der Bundesrat, die Vertretung der verbündeten Regierungen, mit einer Stimmenzahl (58), die sich nach der Bevölkerungsziffer richtete. Daneben stand als Volksvertretung der Reichstag, hervorgegangen aus allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlen aller Männer über 25 Jahre. Der Reichstag umfaßte auch die Vertreter des ganzen Zollvereins und schuf die Zollgrenze.

Den Bundesstaaten war in Kulturfragen große Selbständigkeit gelassen worden; Bayern und Württemberg erhielten Sonderrechte für ihr Heer bzw. ihre Post und für die Besteuerung von Branntwein und Bier. Das Übergewicht im Bundesrat hatte Preußen; sein König war Deutscher Kaiser und sein Ministerpräsident Reichskanzler und Vorsitzender im Bundesrat.

... Die Farben des Deutschen Reiches, Schwarz – weiß – rot, wurden vom Norddeutschen Bund übernommen aus dem preußischen Schwarz-Weiß und dem hanseatischen Weiß-Rot.

Das Deutsche Reich war geeint und damit der langersehnte Wunsch des deutschen Volkes durch Bismarck erfüllt worden. Für Europa bedeutete die deutsche Einigung eine völlige

Umwälzung der Machtverhältnisse. Deutschland, seit dem Dreißigjährigen Krieg der Spielball der europäischen Großmächte, war durch die Reichsgründung zu europäischer Machtstellung emporgerückt. Mit der Reichseinheit wuchsen naturgemäß die Aufgaben des neuen Staates. Innere und äußere Gefahren galt es zu beseitigen und das Reich auszubauen zu einem starken Hort der Wohlfahrt und des Friedens.<<

Der deutsche Historiker Hellmuth G. Dahms schreibt später über die Gründung des Deutschen Reiches von 1871 (x090/226): >>Die deutsche Nation wertete das Jahr 1871 als einen Höhepunkt ihrer Geschichte. Sie bejahte das von Bismarck geschaffene Kaiserreich, obwohl es ein kleindeutscher Nationalstaat war und die Verfassungsideale der Paulskirche nur teilweise verwirklichte. Auch jenseits der Grenzen, in Österreich und Siebenbürgen, bei den Rußland-Deutschen und emigrierten Achtundvierzigern fand dieser Staat lebhaft Zustimmung. ...

Das Reich war ein "ewiger Bund" von 22 Fürstentümern und drei Freien Städten. Alle diese Staaten hatten eigene Verfassungen und Parlamente, verfügten fast uneingeschränkt über direkte Steuern, Verwaltung, Rechtspflege und Kultus und deckten Fehlbeträge des Reiches durch Matrikularbeiträge (finanzielle Leistungen der einzelnen Mitgliedsstaaten). Im Bundesrat wirkten sie bei der Gesetzgebung mit, die grundsätzlich dem aus 397 Abgeordneten bestehenden Reichstag oblag.

Die Führung hatte naturgemäß Preußen inne, das 70 % des Reichsgebietes und 24,7 der 41,6 Millionen Einwohner umfaßte. Sein König war der Kaiser. Er besaß zwar kein Vetorecht gegenüber Beschlüssen des Reichstages, ernannte und entließ aber ohne parlamentarische Mitwirkung den Reichskanzler, der zugleich den Vorsitz im Bundesrat und fast immer auch das Amt des preußischen Ministerpräsidenten ausübte. ...<<

Ekkehard Kuhn schreibt später in seinem Buch "Nicht Rache, nicht Vergeltung ..." über das damalige Nationalbewußtsein der Deutschen (x024/16-17): >>... Während sich bereits im Mittelalter Nationalstaaten ausbildeten, hat das nationale Element in der deutschen Politik bis 1871 nur eine untergeordnete Rolle gespielt.

Die dem "Heiligen Römischen Reich deutscher Nation" (häufig auch "deutscher und welscher Nation") zugrunde liegende Staatsidee war universal, nicht national. Es gab kein nationales politisches Zentrum, das Eigenbewußtsein der deutschen Stämme dominierte gegenüber dem Nationalgefühl. Auch das 1871 geschaffene Bismarck-Reich bildete strenggenommen keinen echten Nationalstaat, da es mit Österreich und der deutschen Schweiz wesentliche Gruppen der deutschen Nation ausschloß. Die nationale Vereinigung der Deutschen vollzog sich also mit jahrhundertelanger Verspätung gegenüber den Nachbarvölkern, und sie gelang nur unvollständig.

Daß die Deutschen eine eigene nationalstaatliche Tradition haben, ist jedoch unbestritten, auch wenn sie später beginnt als bei Franzosen, Briten und Spaniern. Sie entstand als Folge der Aufklärung im späten 18. und 19. Jahrhundert – zugleich mit dem Aufkeimen etwa des italienischen und slawischen Nationalismus – und verband sich mit den politischen Idealen des Bürgertums, mit Liberalismus und Demokratie.

Gerade die so achtenswerten demokratischen Wurzeln der deutschen Geschichte sind den Bürgern viel zu wenig bekannt und bewußt, von möglichem Stolz darüber ganz zu schweigen.<<

Der Krieg gegen Frankreich wurde am 28. Januar 1871 (Kapitulation der Festung Paris) nach harten Kämpfen erfolgreich beendet. Während des deutsch-französischen Krieges von 1870/71 kamen insgesamt mindestens 190.000 Menschen um (x056/131).

Der deutsche Schriftsteller Gerhart Hauptmann schreibt später über die Stimmung der Deutschen nach dem Sieg gegen Frankreich (x233/100): >>Bismarck und Moltke, Moltke und Bismarck waren in aller Munde. In der Schule sangen wir "Die Wacht am Rhein", der alte Brendel selbst war festlich erregt. ... Er holte sogar in jeder Gesangstunde seine Schulmeister-

geige hervor, was er früher nie getan hatte. Sozusagen mit Ächzen und Krächzen verjüngte er sich.

Zwar noch immer fielen die Worte: Ihr Bösewichter! Du Bösewicht!, aber dann hörte man ihn auch wohl hinausuffen: Kinder, es ist eine große gewaltige Zeit! - ...

Die Bismarckverehrung meines Vaters ... war rückhaltlos, hatte er doch seine eigenen, vielfach zurückgestellten und verborgen gehaltenen Ideale von 1848 verwirklicht. ... In Bismarcks Größe und Erfolg lag meines Vaters Erfolg, Sieg und Rechtfertigung. ...

Für Deutschland hatte die Kaiserkrönung in Versailles den Wert eines Schöpfungsakts. Es kam über unser Volk ein Bewußtsein von sich selbst.

Es hatte eine Reihe großer Männer, mit Bismarck an der Spitze, hervorgerufen, auf denen die Augen der Welt mit Staunen und Grauen, vor allem jedoch mit Bewunderung ruhten. Der Stolz auf sie, auf ihre Siege, die Siege des Volkes, teilte sich jedem, auch mir kleinem Jungen mit und ich stand nicht an, meinem Blute einen Anteil, ein Mitverdienst an solchen Erfolgen zuzuschreiben. ...<<

Durch den Vorfrieden von Versailles (im Februar 1871) und den Friedensschluß von Frankfurt vom 10. Mai 1871 mußte Frankreich Elsaß (ohne Belfort/Burgundische Pforte) und Teile Lothringens (mit Metz) ohne Volksabstimmung an Deutschland abtreten sowie 5 Milliarden Franc Kriegsschädigung zahlen. Elsaß-Lothringen verfügte damals über eine gut ausgebaute, moderne Bergbau- und Textilindustrie.

Bis zur Zahlung der Kriegsschädigung (in 3 Jahren = 5,0 Milliarden Franc) sollte Ostfrankreich von deutschen Truppen besetzt bleiben (x054/156). Die letzten deutschen Besatzungstruppen zogen aber bereits am 16. September 1873 aus Frankreich ab.

Obleich die Deutschen nach der französischen Niederlage über eine absolute europäische Großmachtstellung verfügten, lehnte Bismarck jede weitere Machtausdehnung strikt ab. Der "eiserne Reichskanzler" bemühte sich nach dem Kriegsende redlich, weitere deutsch-französische Feindseligkeiten zu vermeiden, um ein freundschaftliches Verhältnis mit dem uralten katholischen "Erzfeind" zu ermöglichen. Bismarck ließ z.B. keine französische Festung schleifen und Frankreich erhielt keine Heeres- und Rüstungsbeschränkungen.

Johann Jacoby (1805-1877, Arzt und Politiker, von 1863-70 Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses, gründet 1867 die Tageszeitung "Die Zukunft" und unterstützt ab 1868 die Arbeiterbewegung, seit 1872 Mitglied der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei, später wegen seiner politischen Schriften des Hochverrats angeklagt, aber schließlich freigesprochen) lehnt damals die Annexion Elsaß-Lothringens entschieden ab (x239/145): >>Kaum ist von Berlin die Parole ausgegangen, und schon sehen wir, wie aller Orten – in der Presse, in Versammlungen, in Adressen – ein tausendstimmiger Chor sich erhebt, die Annexion von Elsaß und Lothringen zu verlangen.

Vor wenigen Tagen war es noch ein Verteidigungskrieg, den wir führten, ... und heute ... ist es ein Eroberungskrieg, ein Kampf für die Oberherrschaft der germanischen Rasse in Europa! ... Elsaß und Lothringen - sagt man – waren deutsches "Eigentum" und müssen wieder deutsch werden!

Wie, - fragen wir - ... sind etwa die Bewohner dieser Länder ... durch den Krieg rechtlos – sind sie Sklaven geworden? ...

... Halten wir fest an den Grundsätzen des Rechts! ... Sprechen wir es aus, ... daß jede Einverleibung fremden Ländergebiets wider den Willen seiner Bewohner eine Verletzung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker – und daher ebenso verwerflich wie verderblich ist. ...

Nur wer die Freiheit anderer achtet, ist selber der Freiheit wert. ...<<

Der deutsche Dichter Theodor Fontane berichtet im Jahre 1871 über ein Gespräch mit einem Lothringer (x233/101): >>Wir stießen nun an "auf gute Zeiten". ...

Ich sprach dann, halb scherzhaft von den Zeiten, wo ... sein ältester Sohn in der Berliner Gar-

de dienen würde. Im ganzen Land werde man sich bald davon überzeugen, daß man gar keinen so üblen Tausch gemacht habe und daß die deutschen Regierungen im Gegensatz zu den französischen ... ein Gewissen besäßen.

Er hörte mir aufmerksam zu und sagte dann: "Wir wissen wohl, eure Regierung ist gerecht, das ist viel; aber wir sind Franzosen, alle unsere Gefühle gehören Frankreich, und – deutsch werden, niemals!" ...<<

Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über die Geschichte Elsaß-Lothringens (x805/580-583): >>(Elsaß-Lothringen) ... Der erste ernstliche Versuch, Straßburg dem französischen Reich einzuverleiben, wurde vom König Heinrich II. von Frankreich gemacht, als er (im Jahre 1552) Metz, Toul und Verdun dem Deutschen Reich entriß. Die Verlockungen und Drohungen des französischen Hofes vermochten jedoch die Straßburger nicht einzuschüchtern.

Eine der entscheidendsten Wendungen im gesamten Schicksal des Elsaß in der neueren Zeit trat durch den Vertrag der österreichischen Erzherzöge mit der Krone von Spanien (20. März 1617) ein, wonach alle Rechte des habsburgischen Hauses im Elsaß an die spanische Linie desselben abgetreten wurden. Man muß diesen Umstand im Auge behalten, wenn man die zunehmenden Sympathien für Frankreich während des Dreißigjährigen Krieges unter den Elsässern richtig beurteilen will.

Seit dem 20. März 1617 war ihnen die Wahl nur zwischen der Abhängigkeit von Spanien und der von Frankreich gelassen. Das letztere erhielt im Westfälischen Frieden genau diejenigen Rechte und Besitzungen, welche Österreich unmittelbar vor Ausbruch des Krieges den Spaniern abgetreten hatte. Der günstigste Fall für die Entwicklung des Elsaß wäre eingetreten, wenn sich Herzog Bernhard von Weimar, wie er beabsichtigte, in dem Grenzland eine selbständige fürstliche Gewalt zu schaffen vermocht hätte. Aber was mit französischem Geld und französischer Unterstützung gewonnen war, sollte auch den Franzosen zu gute kommen. Bernhards Tod lieferte das Elsaß in die militärische Gewalt der Franzosen.

Elsaß unter französischer Herrschaft.

Die Rechte der Reichsstände im Elsaß waren durch den Westfälischen Frieden allerdings besonders anerkannt und wahrgenommen worden. Allein die Art und Weise, wie von Seiten Frankreichs der Westfälische Friede ausgelegt wurde, gestattete eine Ausdehnung der Oberhoheit der französischen Krone selbst über die Reichsstädte, in welchen Frankreich durch jenen Frieden eigentlich nur die bis dahin von den Habsburgern geübten Vogteirechte erhielt. Die Eroberungen, welche die Franzosen seit dem Westfälischen Frieden im Elsaß machten, waren vorherrschend administrativer Natur. Hierbei wurden sie von einheimischen Elsässern bestens unterstützt.

Auch das Beginnen der Reunionskammern Ludwigs XIV. machte im Elsaß nicht jenen abstoßenden und empörenden Eindruck, den man sonst und bis auf den heutigen Tag davon empfand. Das Hereinziehen der verschiedenen kleinen Herrschaften unter das herrschende Gesetz von Frankreich erschien den minder begünstigten Ständen des alten zerrissenen Reichslandes als ein wesentlicher Fortschritt.

Auch in Straßburg machten sich seit dem Abschluß des Westfälischen Friedens viele hervorragende Personen mit dem Gedanken vertraut, daß die Stadt früher oder später unter die Schutzhoheit der französischen Krone kommen werde. Der einzige Mann, welcher im Elsaß, durch Jahresgehalt und regelmäßige Dotationen gewonnen, offen für das Interesse Frankreichs wirkte, war der Bischof Franz Egon von Fürstenberg, welcher jedoch in dem protestantischen Straßburg gar keinen Einfluß besaß.

Mehr als 100 Jahre hindurch änderte die französische Herrschaft im Elsaß an den nationalen Verhältnissen des Landes nichts. In gewisser Art kam der deutsche Charakter des Volkes gerade im 17. und 18. Jahrhundert literarisch und wissenschaftlich erst recht zur Geltung. Innige

Beziehungen zwischen Deutschland und der entrissenen Mark blieben auf dem geistigen Gebiet bis zur französischen Revolution bestehen. Von Straßburg war Philipp Jakob Spener ausgegangen, dessen Richtung auf das praktische Christentum im Elsaß immer einheimisch gewesen und schon in Tauler, in Kaisersberg und in den Straßburger Reformatoren hervorgetreten war.

Die Universität in Straßburg gelangte unter der französischen Regierung ebenfalls zur vollen Blüte und zu großem Ansehen. Besonders waren es Juristen, Historiker und Philologen, welche eine große Anziehungskraft ausübten: Johannes Schilter, Jeremias Oberlin und Johann Scherz, Johann Daniel Schöpflin, Schweighäuser. Goethes Aufenthalt in Straßburg fällt gleichzeitig mit demjenigen Herders in die Jahre 1770 und 1771. Inzwischen waren die Franzosen auf dem politischen und ökonomischen Gebiet desto tätiger, die Einheit der Interessen der deutschen Provinz mit denen des französischen Reiches herzustellen.

Industrie und Handel wurden gehoben. Der Tabakanbau, wohl schon seit 1620 im Elsaß begonnen, wurde durch die französische Regierung eine Quelle des Landeswohlstandes. Auch die Weinproduktion, welche am Beginn der französischen Herrschaft unter dem Druck der neuen Staatsgrenzen litt, hob sich im Lauf des 18. Jahrhunderts bedeutend. In den Städten waren zwar die alten Verfassungen unangetastet geblieben, doch gewöhnte man allmählich die Bevölkerung an den Einfluß der französischen Administration. Die Regierung ernannte die sogenannten Prätores, welche mit den konservativen Stadträten zwar meist im Streit lagen, aber doch energisch für Verbesserung der Zustände wirkten.

Gewaltig waren aber die Änderungen in den konfessionellen Verhältnissen des Landes. Schon unter Ludwig XIV. wurden die abscheulichsten Gewaltmaßregeln zur Katholisierung der Bevölkerung in Anwendung gebracht, daher überwog seit der Mitte des 18. Jahrhunderts in Straßburg das katholische Element. Beim Ausbruch der Revolution in Paris war das Land konservativ und partikularistisch gesinnt.

Erst nachdem durch die Beschlüsse der französischen Nationalversammlung vom 4. August 1789 die alten städtischen Einrichtungen beseitigt worden waren, gelangten in Straßburg die Franzosenfreunde zur Regierung. Die Elsässer traten damals mit Begeisterung für die Ideen der konstitutionellen Monarchie ein und bewahrten auch ihren konstitutionellen Patriotismus gegenüber den einrückenden Heeren Österreichs und Preußens 1792.

Seit dem Februar 1793 stand das Elsaß unter der Diktatur von Konventskommissaren, denen sich deutsche Jakobiner, wie Eulogius Schneider, zur Verfügung gestellt hatten. Allein das deutsche Jakobinertum war den Franzosen verdächtig. Der Straßburger Maire Monet aus Savoyen machte den Vorschlag, alle deutsch sprechenden Elsässer zu deportieren und das Land an französische Sansculotten zu verteilen.

Der Sturz Robespierres und seiner Parteigenossen in Paris brachte indessen dem Elsaß ruhigere Tage, und in den folgenden Jahren wuchsen die Sympathien für Frankreich in einer erstaunlichen Weise. Teils die Errungenschaften der Revolution, teils die militärische Schule unter Napoleon I. brachten den Bruch des Elsaß mit seiner deutschen Vergangenheit zum Abschluß. Wichtig für die Territorialverhältnisse des Elsaß war die Annexion der Stadt Mülhausen (1798), die, obwohl sie die französische Oberherrschaft anerkannte, doch eine selbständige Republik im Bund mit den Schweizern geblieben war. In der großen Armee Napoleons spielten viele Elsässer eine hervorragende Rolle. Kellermann, Kléber und Rapp waren Elsässer.

Als nach der Schlacht bei Leipzig die verbündeten Armeen den Rhein überschritten und österreichische Truppen in den letzten Tagen des Dezembers 1813 das obere Elsaß besetzten, während Wittgensteins russisches Korps durch Niederelsaß zog, war die Gesinnung der Städte und der Landbevölkerung eine sehr feindselige.

Der in den siegreichen deutschen Armeen aufgekommene Gedanke, das Elsaß dem Deutschen Reich zurückzugewinnen, wurde von der Diplomatie vereitelt. Die französischen Departe-

ments des Ober- und Niederrheins, von Präfekten regiert, entsprachen ziemlich genau den Grenzen des alten Sundgaues und Nordgaues. Nur Landau kam durch den zweiten Pariser Frieden an Bayern. ...

Seit der Restauration machten alle französischen Regierungen gleichmäßig den Versuch, die französische Sprache im Elsaß zur ausschließlichen Herrschaft zu bringen und die deutsche auszumerzen. Unter der Regierung des zweiten Kaiserreiches gelang dieser Versuch zum Teil durch die Unterstützung, die der katholische Klerus dabei leistete.

Dennoch hielten die Elsässer in der Wissenschaft und in der Dichtung die deutsche Muttersprache mit wahrhaft erstaunenswerter Zähigkeit fest, und selbst die literarischen Vereine bedienten sich bis auf die neueste Zeit häufig des Deutschen bei ihren Publikationen. Nachmals konnte freilich zuweilen die Bemerkung gemacht werden, daß diese Eigentümlichkeit der Deutsch-Franzosen im Elsaß wenig Bedeutung für politische und nationale Gesinnung habe. Während des deutsch-französischen Krieges 1870/71 bezeugten die Elsässer bei jeder Gelegenheit ihre Sympathien für Frankreich. Die Verschmelzung Elsaß-Lothringens mit Deutschland war durch die eigentümliche Stellung, in die es zu dem neuen Deutschen Reiche gebracht wurde, nicht wenig erschwert.

Der Bundesrat beschloß nämlich, Elsaß-Lothringen für ein Reichsland zu erklären, über welches das Reich selbst der Träger der Souveränität war, und dessen Landesgesetzgebung dem Bundesrat und dem Reichstag zufiel. Doch verlangte der Bundesrat für einige Jahre die Diktatur, welche ihm auch am 3. Juni 1871 vom Reichstag bis zum 1. Januar 1874 bewilligt wurde. Hierauf wurde das Reichsland nach Abberufung des Generalgouverneurs Graf Bismarck-Bohlen und des Zivilkommissars Kühlwetter nach dem Muster einer preußischen Provinz organisiert. ...

Die drei alten Departements wurden in Regierungsbezirke verwandelt, diese wieder in 22 Kreise eingeteilt und am 24. Januar 1873 die Bildung von Kreis- und Bezirkstagen angeordnet.

Die Bevölkerung verhielt sich der deutschen Verwaltung gegenüber teils gleichgültig, teils feindlich. Die Gebildeten sehnten die Rückkehr der französischen Herrschaft herbei, besonders die katholische Geistlichkeit wurde die heftigste Gegnerin Deutschlands, seitdem durch Einführung der allgemeinen Schulpflicht (18. April 1871), durch Beseitigung der Schulbrüder und Schulschwestern aus den Elementarschulen und durch den Erlaß eines Unterrichtsgesetzes (3. Februar 1873) die Macht des Klerus über die Schule auch in Elsaß-Lothringen gebrochen worden war, gleichzeitig in Frankreich aber die Klerikalen zur Herrschaft zu gelangen Aussicht hatten.

Unter dem Terrorismus des Klerus und der Gebildeten, der durch öffentliche und geheime Mittel (so durch die Flugblätter der Elsässer Liga) ausgeübt wurde, wurde bewirkt, daß die Wohltaten der neuen Verwaltung, die bedeutenden Entschädigungen für Kriegsverluste, die Verringerung der Steuerlast, die Verbesserung des Post-, Telegraphen- und Eisenbahnwesens, die Abschaffung des Tabakmonopols und dergleichen, gar nicht gewürdigt wurden, dagegen manche notwendige Belästigungen die heftigsten Klagen hervorriefen, so besonders die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht und die Ausführung der Optionsangelegenheit.

Auf Grund des Frankfurter Friedensvertrages forderte die Regierung 1872 die Bevölkerung auf, sich bis zum 1. Oktober zu erklären, ob sie Franzosen sein wollten. Dies erklärten nun 160.000, aber nur 50.000 wanderten nach Frankreich aus; die übrigen, darunter viele Unerwachsene, beanspruchten die Vorrechte der Fremden, also Befreiung von der Dienstpflicht, ohne ihren Wohnsitz verlassen zu müssen. Dies wollte natürlich die Regierung nicht gelten lassen; sie behandelte die trotz der Option Zurückbleibenden als Deutsche und verfolgte mit Strenge alle, die ohne Option sich der Militärflicht entzogen und dann ohne Erlaubnis nach Elsaß-Lothringen zurückkehrten.

Die großen Verdienste, die sich die Regierung durch die Organisation der höheren Schulen und die Errichtung einer Universität in Straßburg 1. Mai 1872 erwarb, fanden selbst bei den Liberalen keinen Beifall, weil die französische Sprache in den Schulen teils abgeschafft, teils beschränkt wurde.

Ja, in den größeren Städten machte sich die Opposition am schärfsten bemerkbar: in Straßburg mußte der Bürgermeister Lauth am 7. April 1873 abgesetzt und acht Tage später der Gemeinderat suspendiert werden, weil sie ... (offen gegen die) Regierung opponierten. Ähnliches geschah später in Metz und Kolmar. Von den im August 1873 gewählten Kreis- und Bezirksräten verweigerten so viele den Eid der Treue, den sie dem Kaiser leisten sollten, daß von 22 Kreistagen nur 14, von den 3 Bezirkstagen nur einer beschlußfähig war und eröffnet werden konnte.

So kam es, daß bei den ersten Reichstagswahlen am 1. Februar 1874: 10 Ultramontane und 5 liberale Protestler gewählt wurden. Die 15 elsässischen Deputierten erhoben bei ihrem Eintritt in den Reichstag am 16. Februar 1874 feierlichen Protest gegen die Annexion, und die Protestler nahmen an den Verhandlungen nicht mehr teil. Eine gemäßigtere Haltung zeigten die Kreis- und die Bezirksräte, welche im Sommer 1874 gewählt waren und ruhig und sachgemäß die Geschäfte erledigten. ...

Der Umschwung in der Stimmung der Bevölkerung zeigte sich bei den beiden Besuchen des Kaisers im September 1876 in Weißenburg und Wörth und im Mai 1877 in Straßburg und Metz, ferner aber in der Bildung einer neuen Partei, der sog. Autonomsten, deren Organ das von Schneegans redigierte "Elsässer Journal" war, und die als letztes Ziel die Regierung des Landes durch das Land selbst im Auge hatten. Bei den zweiten Reichstagswahlen am 10. Januar 1877 eroberten die Autonomsten schon sämtliche unterelsässischen Wahlkreise; die Ultramontanen behielten 6, die Protestler 4.

... Bei den Neuwahlen für den Landesausschuß im Herbst 1879 erlangten die Autonomsten wieder die Majorität, blieben aber an Einfluß weit hinter den Ultramontanen zurück, denen der Statthalter durch Wiedereröffnung des Zillisheimer Seminars entgegenkam.

... Einen Fortschritt in der Verschmelzung Elsaß-Lothringens mit dem Reich hatte das seit 1879 herrschende Regiment ... nicht aufzuweisen; die Beamten und die eingewanderten Deutschen aber waren verbittert und entmutigt. ...<<

Der deutsche Historiker Heinrich von Treitschke (1834-1896) schreibt später über die Annexion Elsaß-Lothringens (x239/144-145): >>Der Gedanke, ... welcher, zuerst leise anklopfend wie ein verschämter Wunsch, in vier raschen Wochen zum Feldgeschrei der Nation wurde, lautet kurzab: heraus mit dem alten Raube, heraus mit Elsaß und Lothringen! ...

Wir schulden dem Weltteil eine dauerhafte Sicherung des Völkerfriedens, und wir werden sie, soweit Menschenkräfte reichen, nur dann erlangen, wenn von den befestigten Pässen der Vogesen deutscher Feuerschlünde in das welsche Land herniederschauen und unsere Heere in wenigen Märschen in die Ebene der Champagne herabsteigen können, wenn ... das geschwächte Frankreich nicht mehr wagen darf, uns anzugreifen. ...

Vor der heiligen Notwendigkeit dieser großen Tage wird die Lehre von dem Selbstbestimmungsrecht aller Deutschen, die lockende Losung vaterlandsloser Demagogen, jämmerlich zuschanden.

Diese Lande sind unser nach dem Rechte des Schwertes, und wir wollen über sie verfügen kraft eines höheren Rechtes, kraft des Rechtes der deutschen Nation, die ihren verlorenen Söhnen nicht gestatten kann, sich für immer dem Deutschen Reiche zu entfremden. ...<<

Infolge des siegreichen französisch-deutschen Krieges (1870/71), der konsequenten Industrialisierung (ab 1872 wurde u.a. die Kohleförderung, Eisen- und Stahlverarbeitung erheblich gesteigert) und Bismarcks Schutzzollpolitik zur Sicherung des heimatlichen Marktes (1875), begann im Deutschen Reich ein kräftiger Wirtschafts- und Exportaufschwung.

In der Schwerindustrie entstanden zahlreiche private Großbetriebe (wie z.B. Krupp, Blohm und Voß, AEG, Benz und Daimler Werke). Die rasante Weiterentwicklung der Naturwissenschaften, Technik und Forschung ermöglichte die Errichtung neuer Industriezweige (Arzneimittel, Farbstoffe etc.). Aus den zahlreichen kleinen deutschen Privatbanken entwickelten sich mehrere Großbanken. Der führende Bankplatz wurde die neue Reichshauptstadt Berlin. Die Vereinheitlichung und Verstaatlichung der Eisenbahn (nach 1897) verbesserten das deutsche Transportwesen nachhaltig.

Das Deutsche Reich stieg unerwartet schnell vom Agrarstaat zur führenden europäischen Industrienation auf, so daß die große Zahl der Arbeitslosen und der deutschen Auswanderer merklich zurückging. In den großen deutschen Industrievieren an Rhein-Ruhr, in Sachsen und in Oberschlesien wurden schon bald zusätzliche Arbeitskräfte benötigt, deshalb wanderten Tausende von Polen, Ungarn und Italienern langfristig in das Deutsche Reich ein.

Nach der Reichsgründung im Jahre 1871 nimmt das Tempo der Industrialisierung in Deutschland enorm zu (x176/205): >>Um 1830 hatten vier Fünftel der Bevölkerung ihren Lebensunterhalt in der Landwirtschaft gefunden. Mitte der achtziger Jahre war es knapp die Hälfte.

Die Industrie entfaltete sich in fast märchenhafter Weise: Zwischen 1871 und 1874 entstanden genau so viele Hochöfen, Eisenhütten und Maschinenfabriken wie in der Zeit von 1800 bis 1870. An die Stelle der handwerklichen Einzelanfertigung trat die Massenfabrikation im Großbetrieb.

Die Produktivität der Industrie stieg zwischen 1870 und 1890 um die Hälfte, im Braunkohlenbergbau um das Doppelte, in der Roheisenerzeugung gar um das Fünffache. Entsprechend wuchs das Bankkapital, bei der Deutschen Bank z.B. von 15 auf 100 Millionen, und die Zahl der Effekten (Aktien) an der Berliner Börse vervierfachten sich im gleichen Zeitraum.

Eine wesentliche Triebkraft des wirtschaftlichen Aufschwungs war der zukunftsichere Optimismus, der dem siegreichen Krieg und seinen politischen Folgen entsprang.<<

Im Jahre 1871 beginnt in Deutschland das Zeitalter der Großbanken (x176/207-208): >>Meist schon vor 1870 gegründet, werden sie zu Großbanken erst jetzt; zu Organisationen mit Tausenden von Angestellten, mit Marmorpalästen in der Berliner Friedrichstadt, Tempeln des neuen Gottes: Deutsche Bank, Dresdner Bank, Disconto-Gesellschaft, Berliner Handelsgesellschaft.

Sie wachsen an der Industrie, deren Wachstum sie fördern; finanzieren ihre Expansion, beteiligen sich an Neugründungen, gründen selber. Ihre Direktoren sitzen, mitkontrollierend, in den Aufsichtsräten der industriellen Unternehmungen.

In keinem anderen Land, sagen uns die Fachleute, besitzen einige wenige Großbanken einen so entscheidenden Einfluß auf die Steuerung der Wirtschaft wie in Deutschland; dergestalt, daß schließlich beide Machtbereiche, Industrie und Finanzen, wie zu einem einzigen werden.<<

Der deutsche Historiker Hermann Graml schreibt später über die Emanzipation der Juden nach Gründung des Deutschen Reiches (x244/389-390): >>... Obwohl die Juden stets starke Kontingente für die Auswanderung nach Nordamerika stellten, nahm ihre Zahl bis 1871 auf 512.000 zu (1,25 % der Bevölkerung), die der österreichischen Juden mit noch stärkerer Wachstumsrate auf 200.000 (1,5 % der Bevölkerung). Dies ging einher mit einer nicht weniger bemerkenswerten Veränderung der Sozialstruktur, namentlich seit den vierziger Jahren des Jahrhunderts.

Noch 1848 mußten in Preußen rund 65 % und im übrigen Deutschland gar 90 % der Juden ein Dasein am Rande des Existenzminimums fristen, etwa als Kleinsthändler. Bereits 1874 hatten etwa 60 % der in Deutschland lebenden Juden den Aufstieg in die mittleren und oberen Steuerklassen geschafft.

Natürlich hat auch die nichtjüdische Bevölkerung den wissenschaftlich-technischen Fortschritt

und die Anfänge der Industrialisierung Deutschlands in ähnlicher Weise gespürt. Doch ist unverkennbar, daß die Juden – von der christlichen Umwelt seit vielen Jahrhunderten auf Geldgeschäfte und diverse Formen des Handels beschränkt und eben deshalb mobiler – besonders präpariert waren von der Industrialisierung zu profitieren, von der Vergrößerung und der zunehmenden Interdependenz (gegenseitige Abhängigkeit) der Märkte, von der Intensivierung des Handels, vom Anwachsen des Geldverkehrs und des Kapitalbedarfs, von der Ausbreitung kapitalistischen Wirtschaftens, kurzum von der Modernisierung Deutschlands.

Nach der Gründung des Deutschen Reiches nahmen Industrialisierung und modernisierende Veränderungen ein geradezu dramatisches und – trotz diverser Krisen und Rezessionen - über Jahrzehnte ungebremstes Tempo an. Auch jetzt waren die Juden, als Gruppe, dem Prozeß am besten gewachsen. In Massen strömten sie nun vom Land in die rasch größer werdenden Städte, um die Chancen in neuen Industrien und Dienstleistungszweigen am Schopf zu packen, um Geschäfte aller Art zu gründen und die Möglichkeiten in den expandierenden Banken zu nutzen.

Proletarische jüdische Existenzen sind zwar nicht verschwunden, waren aber nun das Ergebnis jüdischer Einwanderung aus Osteuropa. Die einheimische Judenheit verwandelte sich in Mittelstand, vielfach in wohlhabendes Bürgertum, ja Großbürgertum, und mancher, der bis zur Vollendung der Emanzipation bereits wohlhabend geworden war, konnte in den stürmischen Wachstumsjahren nach der Reichsgründung ein riesiges Vermögen anhäufen. Eine ständig steigende Zahl von Juden machte überdies den Schritt von der Emanzipation zur Assimilation. ...<<

Preußen: Infolge der Bestätigung der päpstlichen Lehrunfehlbarkeit im Jahre 1870 ist Reichskanzler Bismarck nicht länger bereit, die bisherige gesellschaftspolitische Machtposition der katholischen Kirche zu akzeptieren, so daß es zwangsläufig zu Auseinandersetzungen kommen muß. Vor allem in Preußen entwickelt sich ab 1871 ein harter Kampf zwischen dem Staat und der katholischen Kirche. Im sogenannten "Kulturkampf" bekämpft Bismarck seit 1871 den politischen Katholizismus und die Jesuiten. Der "Kanzelparagraph" bedroht z.B. regierungskritische Prediger mit Gefängnisstrafen.

Das preußische Staatsministerium fordert am 30. Juni 1871 die Aufhebung der katholischen Abteilung im Kultusministerium (x056/267): >>Die ultramontane Partei (Zentrum) hat in der jetzt beendeten Session des ersten Deutschen Reichstages zu einer Zeit des höchsten patriotischen Aufschwunges der Nation deutlich gezeigt, daß die Herrschaft des unfehlbaren Papstes und des blind gehorchenden Klerus ihr entschiedenes Ziel ist, daß sie die Regierung bekämpft, wenn sie sich nicht jener Herrschaft beugt, daß sie das Deutsche Reich unter einem evangelischen Kaiser als eine Institution ansieht, zu deren Bekämpfung das Bündnis mit den revolutionären Elementen nicht zu verschmähen ist.

Alle Wohltaten ... hindern jene Partei nicht, sich mit Feinden der Regierung aus den verschiedensten Lagern zu verbinden.<<

Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über die Geschichte des preußischen Staates von 1871-1888 (x813/377-379): >>(Preußen) ... Das vom vatikanischen Konzil gebilligte Unfehlbarkeitsdogma gab zu Differenzen zwischen dem römischen Klerus und der preußischen Regierung Anlaß, da diese das Verlangen der Bischöfe, gegen Lehrer, die das Dogma nicht anerkannten, einschreiten, ablehnte und die vom Bischof von Ermland über einen ... Religionslehrer ... in Braunsberg, verhängte Suspension für ungültig erklärte.

Gleichzeitig forderten die Ultramontanen im ersten deutschen Reichstag, daß derselbe sich für Wiederherstellung des Kirchenstaates ausspreche und die Artikel der preußischen Verfassung über die Freiheit der Kirche in die Reichsverfassung aufnehme. Die Ablehnung dieses Verlangens durch Bismarck veranlaßte die Ultramontanen zu drohenden Äußerungen, die bewiesen, daß die bisherige Rücksicht gegen die Kirche nur die Herrschsucht und die Anmaßung dersel-

ben gesteigert habe, und daß es Zeit sei, ihr entgegenzutreten.

Daher wurde am 8. Juli 1871 die katholische Abteilung des Kultusministeriums, welche seit ihrem Bestehen 1841 die Staatsgesetze den Interessen der römischen Kurie bereitwilligst geopfert hatte, aufgehoben und am 22. Januar 1872 Falk an Stelle Mühlers zum Unterrichtsminister ernannt. Derselbe begann seine gesetzgeberische Tätigkeit mit dem Schulaufsichtsgesetz von 1872, welches alle Schulen der Aufsicht des Staates unterwarf, schloß die Mitglieder geistlicher Orden vom öffentlichen Lehramt aus, beschränkte den polnischen Unterricht und ernannte in den katholischen Provinzen weltliche Schulinspektoren, während zahlreichen katholischen Geistlichen die Schulaufsicht entzogen wurde.

Durch Reichsgesetz wurden die Jesuiten ausgewiesen und 1873 die ersten organischen Gesetze, die sogenannten Maigesetze, über die Vorbildung und Anstellung der Geistlichen, über den Austritt aus der Kirche, die kirchliche Disziplinargewalt, die Errichtung eines Gerichtshofes für kirchliche Angelegenheiten und über die Grenzen des Rechts zum Gebrauch kirchlicher Straf- und Zuchtmittel erlassen.

1874 folgten die Einführung der Zivilehe und der Zivilstandsregister sowie ein Gesetz über die Verwaltung erledigter Bistümer.

Die Bischöfe protestierten auf wiederholten Versammlungen in Fulda gegen diese vom Staat einseitig erlassenen Kirchengesetze und erklärten, sie nicht befolgen zu können. Die ultramontanen Parteiführer nahmen den "Kulturkampf" mit Energie auf, und in Vereinen und in zahlreichen Kaplansblättern, von der Kanzel und im Beichtstuhl wurde das katholische Volk gegen die Regierung, welche ihm den Glauben rauben wolle, aufgehetzt. Die Geistlichen, welche den Staatsgesetzen zu gehorchen geneigt waren, wurden durch die Presse terrorisiert. Aber auch die Regierung ging energisch vor, ließ den Erzbischof Ledochowski von Posen 1873 wegen Widerstandes gegen die Staatsgesetze verhaften und ihn sowie die meisten anderen Bischöfe absetzen.

Als auch Papst Pius IX. sich einmischte und am 7. August 1873 einen anmaßenden Brief an Kaiser Wilhelm richtete, den dieser am 3. September würdevoll beantwortete, ja sogar am 5. Februar 1875 in einer Enzyklika an die preußischen Bischöfe die preußischen Kirchengesetze für ungültig und den Gehorsam gegen dieselben als ungerechtfertigt erklärte, wurde am 22. April das Gesetz über Einstellung der Leistungen aus Staatsmitteln für die römisch-katholischen Bistümer und Geistlichen (das sog. Sperr- oder Brotkorbgesetz) erlassen, Artikel 15, 16 und 18 der preußischen Verfassung aufgehoben, welche über die Freiheit der Kirche handelten, und durch weitere Maigesetze die Orden ausgewiesen sowie die Vermögensverwaltung in den katholischen Kirchengemeinden einer zu wählenden Vertretung übertragen; das letzte Gesetz wurde von den Bischöfen anerkannt.

Die Bildung altkatholischer Gemeinden wurde gestattet und ihnen ein Anteil am katholischen Kirchenvermögen eingeräumt, wie denn auch der altkatholische Bischof Reinkens 1873 eine staatliche Dotation erhielt. ...

Obwohl die katholische Kirche durch die Maigesetze empfindlich litt, zahlreiche Pfarrstellen unbesetzt blieben, die Einbehaltung der Staatsleistungen (2.700.000 Mark jährlich) die Gläubigen zu großen Opfern nötigte und der Nachwuchs an jungen Priestern ausblieb, da die Kandidaten das vorgeschriebene Staatsexamen (Kulturexamen) nicht machen durften: so verstand sich der Klerus, von wenigen Ausnahmen abgesehen, doch nicht zum Gehorsam und wußte auch einen großen Teil des Volkes an sich zu fesseln; durch Wundergeschichten suchte man den Fanatismus der Menge zu schüren und die Hoffnung auf den endlichen Sieg der Kirche zu nähren. Bei allen Neuwahlen behauptete die ultramontane Partei des Zentrums unter des Welfen Windthorst Führung ihren Besitzstand und rächte sich durch die heftigste Opposition im Reichstag und Landtag an der Regierung für die Maigesetzgebung.

Durch den heftigen Kampf mit der ultramontanen Partei sah sich die Regierung genötigt, ihre

Stütze bei den die Mehrheit im Abgeordnetenhaus beherrschenden Liberalen zu suchen, zumal die Strengkonservativen von der Richtung der Kreuzzeitung den ersten Kirchengesetzen entschiedenen Widerstand entgegengesetzt hatten.

Daher erfüllte die Regierung einen schon früher ausgesprochenen Wunsch der Liberalen nach einer Verwaltungsreform und legte 1872 dem Landtag eine neue Kreisordnung für die östlichen Provinzen (Preußen, Pommern, Schlesien, Brandenburg und Sachsen) vor, welche die gutsherrliche Polizei ... abschaffte und eine auf zweckmäßig geregelten Wahlen beruhende Selbstverwaltung einführte. Dieser folgten 1875 eine Provinzialordnung für die fünf östlichen Provinzen, die Dotierung derselben und die Einsetzung von Verwaltungsgerichten, 1876 das Kompetenzgesetz, das Gesetz über die ausschließliche Geltung der deutschen Sprache als staatlicher Geschäftssprache und die Teilung der Provinz Preußen in Ost- und Westpreußen.

...

Bei den Neuwahlen zum Abgeordnetenhaus wurde 1879 auch die liberale Mehrheit beseitigt und der Regierung die Möglichkeit gewährt, sich bald auf eine konservativ-nationalliberale, bald auf eine konservativ-ultramontane Majorität zu stützen. Das wichtige Gesetz über die Erwerbung von vier großen Privateisenbahnen, ... wurde mit der Hilfe der Nationalliberalen durchgebracht; ihm folgten in den nächsten Jahren weitere Gesetze über den Ankauf fast aller noch vorhandenen Privatbahnen und den Bau neuer Staatsbahnen, durch welche das jetzt vorhandene Staatsbahnnetz in Preußen geschaffen wurde.

Da es jedoch Bismarck hauptsächlich darauf ankam, seine Steuerpläne, besonders das Tabakmonopol, im Reichstag durchzubringen, und ihm dies nur möglich schien, wenn es gelang, das Zentrum auf seine Seite zu bringen oder zu sprengen, so wollte er durchaus den Kulturkampf beendigen und die ... Maigesetzgebung im Notfall preisgeben, zumal da sowohl die Konservative als die Fortschrittspartei sich vom Kulturkampf losgesagt hatten und selbst die Nationalliberalen eine systematische Revision der Maigesetze für zweckmäßig erklärten. Eine Verständigung mit der römischen Kurie war nicht aussichtslos, da der neue Papst, Leo XIII., seinen Wunsch nach friedlicher Vereinbarung geäußert und bereits Verhandlungen mit Bismarck angeknüpft hatte.

Es wurde daher ein neuer preußischer Gesandter beim päpstlichen Stuhl ernannt, 1880, 1882 und 1883 drei Kirchengesetznovellen im Landtag eingebracht und nach langen Verhandlungen auch genehmigt und auf Grund derselben das Sperrgesetz für die meisten Bistümer aufgehoben und die durch Tod erledigten neu besetzt, die abgesetzten Bischöfe von Limburg und Münster begnadigt.

Zwei neue kirchliche Gesetze von 1886 und 1887 beseitigen den übrigen Teil der Maigesetzgebung, welcher von der Kirche nicht gebilligt wurde, wogegen der Papst die Anzeigepflicht und das staatliche Einspruchsrecht anerkannte; auch gab derselbe seine Zustimmung, daß die Erzbischöfe Melchers und Ledochowski, welche Preußen nicht wieder zuzulassen erklärte, abdankten, worauf in Posen und Kulm deutsche Bischöfe eingesetzt wurden. Der Friede mit der Kurie war so hergestellt; das Zentrum wurde aber nicht gesprengt, auch nicht geschwächt, sondern nur zu einer maßvolleren Haltung veranlaßt. ...

Die Verwaltungsreform wurde allmählich auf alle Provinzen außer Posen ausgedehnt. Für die teilweise polnischen Provinzen, wo durch den deutschfeindlichen Einfluß der katholischen Geistlichkeit und massenhafte Einwanderung aus Polen das Deutschtum gefährdet war, wurde 1886 der Beschluß gefaßt, deutsche Ansiedlungen auf bisher polnischen Grundbesitz anzulegen, und 100 Millionen dazu vom Landtag bewilligt. Viele Eingewanderte wurden ausgewiesen, der deutsche Unterricht durch besondere Gesetze in Posen, Westpreußen und Oberschlesien gefördert.

Für die materielle Entwicklung des Staates war es wichtig, daß der Landtag 1886 den Bau des Rhein-Emskanals genehmigte und den preußischen ... (Beitrag) zu den Kosten des Nordost-

seekanals bewilligte. 1888 wurden erhebliche Summen für die Regulierung der östlichen Ströme und für die Unterstützung der durch Überschwemmung geschädigten Landesteile ausgesetzt ...

Wilhelm I. starb am 9. März 1888, worauf der Kronprinz Friedrich Wilhelm als Friedrich III. den Thron bestieg. Derselbe konnte jedoch seine Regierungsgrundsätze, welche er in einem Erlaß an Bismarck kundgab, nicht durchführen, da er an einem Kehlkopfleiden schwer erkrankt war ...

Als Friedrich III. schon am 15. Juni seinen Leiden erlag, folgte ihm sein ältester Sohn als Wilhelm II. und leistete, die Fortführung der Regierung im Sinn seiner Vorfahren gelobend, am 27. Juni vor dem Landtag den Eid auf die Verfassung. ...<<

Rußland: Der russische Panslawist und Kulturkritiker Nikolai Danilewski schreibt im Jahre 1871 (x056/299): >>Rußlands Aufgabe ist die Befreiung aller Slawen, die unter fremden Jochen seufzen, und die Bildung des großen Slawenreiches. Hauptziel dieses Kampfes ist der Besitz Konstantinopels. Er muß sich direkt gegen die Türkei und das Habsburger Reich wenden und kann nur mit ihrer Vernichtung enden. ...<<

Frankreich: Die "Pariser Kommune" ruft am 5. April 1871 in Paris zum bewaffneten Widerstand auf, um die im Februar 1871 gewählte Nationalversammlung zu stürzen (x176/215): >>Bürger von Paris!

Wir sind jetzt zu den großen Tagen erhabenen Heldentums und größter Tugend zurückgekehrt! Das Glück des Landes, die Zukunft der ganzen Welt liegen in eurer Hand. Auf euch wartet der Segen oder der Fluch künftiger Generationen. Arbeiter täuscht euch nicht:

Wenn ihr es müde seid, in Unwissenheit dahinzuvegetieren und im Elend zu verkommen, wenn ihr wollt, daß eure Kinder Menschen seien, die aus ihrer Arbeit Nutzen ziehen, und nicht eine Art besonders dressierter Tiere für die Fabrik oder den Kampf ...

Wenn ihr nicht mehr wollt, daß Ausschweifungen und Elend die Männer in die Hände der Polizei und die Frauen in die Arme der Prostitution treiben, wenn ihr schließlich wollt, daß die Gerechtigkeit herrsche, dann Arbeiter, seid klug, erhebt euch und schleudert mit kräftiger Hand die schmutzige Reaktion zu Boden!

Bürger von Paris, Kaufleute, Gewerbetreibende, Kleinhändler, Gelehrte, ihr alle schließlich, die ihr arbeitet und ehrlich eine Lösung der sozialen Probleme sucht, das Zentralkomitee beschwört euch, einig voranzumarschieren.<<

Der deutsche Arbeiterführer August Bebel spricht am 25. Mai 1871 im Deutschen Reichstag über die Pariser Revolution (x239/147): >>Seien sie überzeugt, das ganze europäische Proletariat und alles, was noch ein Gefühl für Freiheit und Unabhängigkeit in der Brust trägt, sieht auf Paris.

Und wenn auch im Augenblick Paris unterdrückt ist, dann erinnere ich Sie daran, daß der Kampf in Paris nur ein kleines Vorpostengefecht ist, daß die Hauptsache uns in Europa noch bevorsteht und daß, ehe wenige Jahrzehnte vergehen, der Schlachtruf des Pariser Proletariats: Krieg den Palästen, Friede den Hütten, Tod der Not und dem Müßiggang! der Schlachtruf des gesamten Proletariats sein wird. ...<<

Nach Abschluß des französisch-deutschen Krieges verhindert Maurice de Mac-Mahon (1808-1893, französischer Marschall, von 1873-79 Ministerpräsident und "Platzhalter der französischen Monarchie") die Machtergreifung der radikalen Kommunisten und Sozialisten. Mac-Mahon läßt den Aufstand der "Pariser Kommune" (18. März bis zum 28. Mai 1871) gnadenlos durch französische Truppen niedergeschlagen. Der Aufstand der "Pariser Kommune" fordert etwa 25.000-30.000 Todesopfer (x122/426, x061/383).

Am 29. Mai und am 31. Mai 1871 berichtet die Londoner Zeitung "Times" über die gnadenlose Niederschlagung des Aufstandes der "Pariser Kommune" (x122/426): >>... Die Kriegsgesetze! Sie sind milde und christlich gegenüber den unmenschlichen Gesetzen der Rache, unter

denen die Versailler Truppen während der letzten 6 Tage Gefangene, Frauen und Kinder, erschossen, erstochen und aufgeschlitzt haben. Soweit wir uns erinnern können, hat es in der Geschichte nichts Vergleichbares gegeben. ...

Die Franzosen füllen die dunkelste Seite im Buch ihrer Geschichte und der Weltgeschichte. Die Anklage ruchloser Grausamkeit beschränkt sich nicht mehr auf eine Partei oder eine Klasse. Die Versailler Truppen scheinen die Kommunisten (!) in ihrer reinen Vergeudung von Menschenblut übertreffen zu wollen.<<

Ein französischer Historiker schreibt später über den Bürgerkrieg im Jahre 1871 (x176/216):
>>Der Kampf während der "Blutigen Wochen" wurde mit der Leidenschaft eines Bürgerkrieges geführt. Straße um Straße mußte gewonnen werden. ... Öffentliche Gebäude wie die Tuileries und das Hotel de Ville wurden niedergebrannt.

480 Geiseln, darunter der Erzbischof von Paris, erschossen, während andererseits die Regierungstruppen Gefangene kurzerhand niedermachten und Standgerichte gegen 20.000 Todesurteile vollstrecken ließen. Kriegsgerichte besorgten anschließend die Verurteilung der Aufständischen. ... 36.000 Communards kamen vor 26 Kriegsgerichte, etwa 10.000 wurden zu Zwangsarbeit, Deportation, Verbannung und Gefängnis verurteilt; von 93 Todesurteilen sind 23 vollstreckt worden. ...<<

Ein französischer Historiker schreibt später über die standrechtlichen Massenerschießungen von Aufständischen (x075/170): >>... Es wird ihnen befohlen, sich vor einem langen und tiefen, bereits mit Leichen gefüllten Graben in 2 oder 3 Reihen aufzustellen. Eine Batterie Maschinengewehre eröffnet das Feuer. Ob tot oder nur verletzt, alle rollen in den Graben, in dem Matrosen den Sterbenden mit der Muskete den Rest geben. Dann werden sie alle miteinander unter ungelöschtem Kalk begraben.<<

Ein Mitglied der Aufständischen rechtfertigt später die Erschießung der Geiseln (x176/216):
>>Wir hegten keine Feindschaft gegen die Geiseln und würden sie auch nicht erschossen haben, wenn Mac-Mahons (Befehlshaber der Regierungstruppen) Heer Paris nicht in einen Riesenfriedhof verwandelt hätte. Die sogenannte reguläre Armee hat 35.000 Menschen hingeschlachtet; wir haben nur hundert erschossen, aber natürlich sind wir die Mörder, wahrscheinlich, weil wir die Besiegten sind. ...<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet später (am 26.03.2011) über den Aufstand der "Pariser Kommune" (x887/...): >>**Verklärter Mythos der Kommunisten**

Die Pariser Kommune vor 140 Jahren war alles andere als marxistisch-leninistisch

Im Berliner Stadtteil Friedrichshain, ehemals zu Ostberlin gehörig, liegt die Straße der Pariser Kommune. "La Commune", zu Deutsch "die Gemeinde", das war vom 18. März bis zum 28. Mai 1871 der Aufstand der Pariser Linken gegen die bürgerliche Zentralregierung, als die französische Hauptstadt vom preußischen Heer belagert wurde. Von den Kommunisten zum Mythos verklärt, spielten die Pariser Kommune und ihre Rezeption lange eine bedeutende Rolle in der kommunistischen Ideologie.

Die "Kommunarden" wollten als Franzosen gegen die Preußen, als Hauptstädter gegen die Provinz, als Proletariat gegen die Bourgeoisie weiterkämpfen. Sie träumten von einer egalitären Räterepublik, von einem anarchistischen Linkssozialismus. Arbeiter standen in ihren Reihen, aber auch viele Handwerker und Intellektuelle. Der ehemalige Straßenkämpfer und Tribun Auguste Blanqui, von dem Karl Marx gesagt hat, daß er der Chef war, der der Kommune gefehlt habe - er saß im Gefängnis -, und die Anarchistin Louise Michel, die als Frau auf den Barrikaden kämpfte, waren leitende Figuren.

Im Grunde genommen war die Kommune alles andere als "kommunistisch" im Sinne des Marxismus-Leninismus. Bertolt Brecht wußte das. Er wollte nach seiner Rückkehr aus dem amerikanischen Exil 1948 das Stück "Die Niederlage" von Nordahl Grieg über Aufstieg und Fall der Kommune inszenieren. Er schrieb es letztlich mit dem Titel "Die Tage der Kommu-

ne" neu. Das Stück wurde erst einen Monat nach seinem Tod am 17. September 1956 in Karl-Marx-Stadt (Chemnitz) uraufgeführt. Es übertrug das Schicksal der Kommune im geschlagenen Frankreich auf die Lage Deutschlands 1945, wo die revolutionäre Umwälzung an Stalins KGB scheiterte. Die bolschewistische Partei in Rußland hatte schon längst die sozialrevolutionären, die anarchistischen Genossen vernichtet.

Die Republik der Sowjets in Rußland und die Münchener Räterepublik waren nur kurze Zwischenspiele. Marx hatte die Diktatur des Proletariats und seiner Avantgarde verkündet und Lenin legte den Grundstein des totalitären Polizeistaates.

Trotzdem hat sich der Kommunismus den Mythos der Pariser Kommune zu eigen gemacht, und seine liberalen Elemente eliminiert. Was wäre sonst das Wort "Kommunist"? So schrieb man: 1871 = 1917 mit den spiegelbildlich umgekehrten Endzahlen. Es half, daß Marx dazu ein Buch, "Der Bürgerkrieg in Frankreich", verfaßt hatte. "Die Internationale" als Kampflied und viele von Jean Ferrat, Yves Montand und anderen gesungene Lieder aus der Kommunezeit machten die Linke romantisch.

Viele Bräuche der kommunistischen Bewegung stammen von diesem Aufstand der "Verdamnten dieser Erde", welcher der bürgerlichen Republik trotzte. Als die Kommune nach blutigen Straßenkämpfen im Mai 1871 fiel, wurden in Paris 20.000 Menschen standrechtlich erschossen. In Anlehnung an dieses Massaker legte sich 1945 die Kommunistische Partei Frankreichs (KPF) den Titel "Partei der 70.000 Erschossenen" bei. Dabei hatte die Zahl der während des Zweiten Weltkrieges von der deutschen Besatzung erschossenen Kommunisten eine bis zwei Nullen weniger.

Die Linken haben im Nachhinein dieses blutige historische Drama verklärt. Die Pariser Kommune wurde für die anfänglichen Randfiguren Marx, Engels und Lenin zum Heldenepos, das sie brauchten, um ihre revolutionäre Bewegung zu verbreiten: Marx' Mehrwerttheorie war für das Proletariat nicht so berauschend wie die Barrikaden von Paris.

War die Pariser Kommune jedoch so freiheitlich wie oft behauptet? An ihrer Spitze waren zwar Leute, die vor allem die ökonomischen Zustände jener Zeit zu Recht empörten, ihre Anführer waren freiheitliche Sozialisten des 19. Jahrhunderts, Blanquisten und Proudhonisten, aber auch viele verträumte Spinner und fanatische Mitläufer. "Ich hatte mich in die Revolution verliebt", äußerte später Louise Michel. "Ein Stern am Himmel", das "Lied der Kirschblütenzeit" - Poesie verdeckte später, daß die Kommunarden selbst keine Friedensengel waren.

Am Anfang gab es den Pariser Mob und die Nationalgardisten, an deren Spitze wie damals als politische Organisation der Volksbewegung in der Französischen Revolution 1789 bis 1794 ein gewählter revolutionärer Gemeinderat stand. Die Volksbewegung der Sansculotten, die 1793 Jagd auf die "Verdächtigen" gemacht, die Guillotine mit frischem Blut versorgt und selbst Massentötungen verübte hatte, lebte 1870 bis 1871 in neuem Gewand wieder auf. Es entstand ein "Zentralkomitee" und daraufhin ein "Wohlfahrtsausschuß", der direkt an den Terror von 1793 erinnerte.

Als der spätere erste Präsident der Dritten Republik Adolphe Thiers sich weigerte, Auguste Blanqui, den er festhielt, gegen den Erzbischof von Paris, Georges Darboy, auszutauschen, exekutierte die Kommune den Geistlichen. Immerhin wurden sehr moderne soziale Dekrete verabschiedet und zur Ehrenrettung der Kommune wurde die Guillotine auf dem Place Voltaire verbrannt sowie die Vendôme-Säule, ein Symbol napoleonischer Feldzüge, gestürzt. Aber als der Kampf härter wurde, erhielt der Wohlfahrtsausschuß diktatorische Vollmachten. Er war nur noch gegenüber der Kommune verantwortlich.

Damit nahm man von Dezentralisierung und Freiheit Abschied. Es wurden 70 Geiseln hingerichtet, aber es mangelte an Zeit, um das "Geiseldekret" vom 17. Mai anzuwenden, wonach die Hinrichtung eines Kommunarden durch die Regierungstruppen "mit der Exekution der dreifachen Anzahl Geiseln" durch die Kommune beantwortet werden sollte.

Viele der DDR-typischen Plattenbauten, wie man sie auch im Umfeld der Straße der Pariser Kommune findet, sind grau. Nicht rot wie die Revolutionsflagge, nicht blau wie FDJ-Hemden, sondern grau, wie der DDR-Alltag, wie der Kommunismus war. Die Straße der Pariser Kommune hat ihren Glanz verloren.<<

Nach der bitteren Kriegsniederlage (1870/71) und der Niederschlagung des Aufstandes der "Pariser Kommune" gründen die Franzosen am 31.08.1871 ihre "III. Republik". Nach diesen schweren Erschütterungen halten die Regierungen meistens nicht lange durch. Von 1871 bis 1914 werden in Frankreich etwa 50 Regierungen gebildet (x069/75).

Obwohl die deutschen Truppen alle vorübergehend besetzten französischen Provinzen fair und gerecht verwalten, vertiefen sich die deutsch-französischen Gegensätze. Bismarck begünstigt sogar von 1879-1897 die Ausdehnung des französischen Kolonialbesitzes, aber die französische Grundeinstellung bleibt trotz alledem unversöhnlich. Nachdem sich Frankreich von der militärischen Niederlage gegen die Deutschen erholt hat, erhöht man innerhalb von wenigen Jahren den französischen Heereshaushalt um 3,0 Mrd. Franc (x063/446).

Die gewaltsame Besetzung der ehemaligen deutschen Länder Elsaß und Lothringen erweist sich als besonders schwerer politischer Fehler, denn die französischen Nationalisten halten den Revanche-Gedanken, daß Elsaß-Lothringen zurückgewonnen und die Deutschen gedemütigt werden müssen, ständig wach. Bis 1918 verlassen etwa 128.000 Franzosen Elsaß und Lothringen (x056/245).

Zu den französischen Vertretern des "verdeckten Revanchismus" gegenüber Deutschland zählen damals u.a. Léon Gambetta und der spätere französische Kriegsminister George Clemenceau sowie bekannte Schriftsteller und Historiker.

Der Politiker Léon Gambetta (1838-1882), der Schriftsteller und Historiker Edgar Quinet (1803-1875) sowie der Historiker Jules Michelet (1798-1874) schreiben später (x058/267-268): >>(Léon Gambetta): ... Unter der Führung der Republik wollen wir in Zukunft leben, unter einer Form der Regierung, die im wahrhaftigen Sinne die Herrschaft der Freiheit, der Wahrheit, der menschlichen Solidarität unter den Menschen verkörpert. Unter dieser Regierungsform müssen wir in Zukunft alle mit einer Hingabe, die sich durch nichts abschrecken läßt, an der Erneuerung und dem Wiederaufstieg Frankreichs arbeiten.

Und wissen Sie, meine Freunde, was sie darunter verstehen müssen? Ich will es Ihnen sagen, auf die Gefahr hin, die Ruhe und die Gedanken der neuen Sieger in Unruhe zu bringen: am Wiederaufstieg Frankreichs arbeiten, heißt am Fortschritt des Menschengeschlechts arbeiten, heißt arbeiten an der allgemeinen Zivilisation Europas.

(Edgar Quinet): ... Wenn jemals der Tag der Gefahr kommen sollte, wenn der Morgen der letzten Schlacht anbricht, dann muß im christlichen Bund jedes Volk, im Süden oder im Norden, der lateinischen oder germanischen Gemeinschaft, in Frankreich sein Banner erblicken können. Es darf nicht sein, daß es in der Menschheit ein einziges Recht gibt, daß nicht hier seinen Schutz, einen einzigen unsterblichen Gedanken, der nicht hier seine Freistatt hat, eine einzige Eroberung der Zivilisation, die hier nicht garantiert wird. So muß es sein: wer dieses Land verletzt, verletzt alle anderen. Sprechen wir es aus: Wie die ganze heidnische Welt am Wohle des römischen Staates, so muß die ganze christliche Welt am Wohle des französischen interessiert sein.

(Jules Michelet): ... Wo sind denn Deine Schiffe, Deine Maschinen? sagt England und Deutschland: Wo sind Deine Systeme? Hast Du denn wenigstens, wie Italien, Werke der Kunst zu zeigen? Teure Schwestern, die ihr kommt, Frankreich zu trösten, laßt euch eines antworten. Schaut, Frankreich ist krank, ich sehe sein Haupt gebeugt, es will nicht sprechen. Wenn man aber aufeinanderhäufen wollte; was jede Nation an Blut und Gold, an Mühen jeglicher Art für uneigennützig Dinge, die nur der Welt dienen sollten, aufgewendet hat, dann stiege die Pyramide Frankreichs bis zum Himmel ... und die Eure, all Ihr Nationen, die ihr hier

seid, die Aufhäufung Eurer Opfer? – bis zum Knie eines Kindes würde sie reichen.<<

Gerd Schultze-Rhonhof (von 1959-1996 Angehöriger der deutschen Bundeswehr, seit 1991 Generalmajor, Autor des 2003 erschienenen Sachbuch-Bestsellers "1939 - Der Krieg, der viele Väter hatte") berichtet später über die französisch-deutsche Erbfeindschaft (x320/12-13):

>>Die Spannungen zwischen Deutschen und Franzosen, die das Verhältnis beider Völker 1914 prägen, haben tiefe Wurzeln. Schon 1555 beginnen die Könige von Frankreich, ihr Staatsgebiet nach Osten zum Rhein hin auszudehnen. Sie nutzen innerdeutsche Streitigkeiten und den Druck der Türken auf das Reich, um sich zuerst die deutschen Festungsstädte Metz, Toul und Verdun, dann zehn elsässische Städte, dann Teile Lothringens und zum Schluß das ganze Elsaß anzugliedern. Die deutsche Muttersprache der Elsässer ist den Franzosen dabei kein Hindernisgrund. ...

1870 versucht Frankreich ein weiteres Mal, sich Luxemburg, die Pfalz und das Saarland anzugliedern und seine Grenze zum Rhein hin zu verschieben. Es verursacht, erklärt, beginnt und verliert den Krieg mit Deutschland und muß dafür mit der Abtretung Elsaß-Lothringens bezahlen. ...

1872 kann die Bevölkerung "optieren": 10,3 Prozent bekennen sich zu Frankreich und fünf Prozent wandern dorthin ab.

Frankreich sucht sich rechtzeitig Verbündete, um Elsaß und Lothringen bei Gelegenheit zurückzuholen. 1894 schließt es den Zweibund mit Rußland. 1912 gibt Präsident Poincaré der russischen Regierung die Zusicherung, daß Frankreich Rußland militärisch unterstützen werde, gleichgültig, ob Rußland angegriffen werde oder selbst den Krieg beginne.

Frankreich schließt 1904 die sogenannte Entente cordiale mit Großbritannien und holt sich 1911 die Zusage Englands auf Heeresunterstützung für den Fall eines Krieges mit dem Deutschen Reich. Damit stehen Frankreich zwei mächtige Verbündete zur Seite: Großbritannien und Rußland.

... In Deutschland ist man sich zwar des tiefen Grolls bewußt, den die Franzosen aufgrund des Verlusts von Elsaß und Lothringen hegen, aber ein Gefühl von Unrecht hat man in Deutschland deshalb nicht. Landabtretungen nach verlorenen Kriegen waren damals üblich. Und die eroberte Bevölkerung ist der Muttersprache nach ohnehin überwiegend deutsch. Vor dem Ersten Weltkrieg sprechen im Elsaß und in Lothringen immerhin noch 1,3 Millionen Bürger Deutsch, Französisch dagegen nicht ganz 200.000. Aus deutscher Sicht werden diese Gebiete deshalb nicht als Anlaß für den Krieg begriffen. ...<<

Großbritannien: Die Gründung des Deutschen Reiches wird von Großbritannien zunächst "großzügig" geduldet, da trotz des preußisch-österreichischen Bürgerkrieges (1866) und des französisch-preußischen Krieges (1870/71) das Gleichgewicht der europäischen Kräfte erhalten bleibt. Durch das "neue" Deutsche Reich wird Mitteleuropa sogar erheblich gestärkt, denn Rußland erhält erstmalig wieder einen erstzunehmenden westeuropäischen Gegner. Bismarcks Außenpolitik, die sich hauptsächlich auf Europa beschränkt, entspricht damals den britischen Vorstellungen.

Erst als sich das Deutsche Reich allmählich zu einer führenden Industriemacht entwickelt und der deutsche Kaiser Wilhelm II. später versucht, direkt in die Weltpolitik einzugreifen, wird sich dieses freundschaftliche deutsch-britische Verhältnis grundlegend verändern.

USA: Als die europäischen Siedler und Jäger von 1871-1885 in den großen Ebenen Nordamerikas die riesigen Büffelherden abschlachten, wird das Schicksal der nordamerikanischen Präriestämme endgültig besiegelt, denn die Stämme der Arapaho, Cheyenne, Dakota, Kiowa, Komantschen, Sioux, und andere Jagdnomaden ("beste Reitertruppen der Welt") leben fast nur von der Büffeljagd. Nach der Ausrottung der lebenswichtigen Büffelherden brechen zwangsläufig große Hungerkatastrophen aus. Die einst stolzen, unabhängigen Präriestämme werden schon bald zu würdelosen Almosenempfängern.

Hehaka Sapa (1863-1950, Mediziner des nordamerikanischen Stammes der Oglala-Lakota) berichtet später über die Ausrottung der für die Ureinwohner lebenswichtigen Büffelherden (x181/1.86): >>Einst waren wir glücklich in unserem Land, und wir waren nur selten hungrig. Zweibeiner und Vierbeiner lebten friedlich nebeneinander wie Brüder, und alle hatten mehr als genug. Aber dann kamen die Wasichu ("die das Fett abschöpfen"), die weißen Menschen und sie machten kleine Inseln im Land für uns und andere kleine Inseln für die Vierbeiner, und diese Inseln werden kleiner und kleiner, denn die brandende Flut der Wasichu nagt an ihnen, eine Flut, die schmutzig ist von Lüge und Gier.

Ich kann mich noch an jene Zeit erinnern, als es so viele Büffel gab, daß wir sie nicht zählen konnten. Aber mehr und mehr Wasichu kamen und töteten sie, bis nur noch Haufen gebleichter Gebeine dort lagen, wo die Büffelherden geweidet hatten. Die Wasichu töteten nicht um der Nahrung willen, sie töteten um des Metalles willen, daß sie verrückt macht. Sie nahmen nur die Häute, um sie zu verkaufen. Manchmal nahmen sie nicht einmal die Häute, sondern nur die Zungen der Büffel. Manchmal nahmen sie nicht einmal das, sie töteten aus Lust am Töten. Wenn wir auf die Büffeljagd gingen, erlegten wir nur so viel, wie wir zum Leben brauchten.<<